



Mainz, 15.06.2020

## Pressemitteilung

### **Mahnwache: „Syrien ist nicht sicher! Schickt uns nicht ins Feuer!“**

Rheinland-Pfalz soll sich entschieden für den unbefristeten, generellen Abschiebestopp nach Syrien und die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen.

**Mainz.** „*Schickt uns nicht ins Feuer!*“, mit dieser Forderung wendete sich der Landesverband der Syrischen Akademiker in Rheinland-Pfalz e.V. (LSA-RLP) zusammen mit dem Seebrückenbündnis Mainz und weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft am Montag, den 15.06.2020 bei der Mahnwache an den rheinland-pfälzischen Innenminister Roger Lewentz und an Integrationsministerin Anne Spiegel. Vom 17. bis 19. Juni findet die Innenministerkonferenz (IMK) in Erfurt statt, bei der die Innenminister der Länder und Bundesinnenminister Seehofer unter anderem über die Verlängerung des Abschiebestopps nach Syrien sowie über Aufnahmeprogramme für vulnerable Flüchtlinge beraten werden.

Bereits bei der letzten IMK im vergangenen Dezember wurde der bisherige generelle Abschiebestopp nach Syrien thematisiert. Einige Innenminister machten sich für seine Aufhebung stark. Nun steht die Entscheidung erneut auf der Tagesordnung. Pierrette Onangolo vom AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V. machte für die Veranstalter der Mahnwache deutlich: „*Syrien ist nicht sicher. Der bestehende Abschiebestopp muss verlängert werden. Wer Flüchtlinge nach Syrien zurückschickt, gefährdet sie an Leib und Leben.*“

In Syrien herrscht weiterhin Krieg, Rückkehrern droht Verfolgung. Darüber hinaus müssten deutsche Behörden bei Abschiebungen mit den Sicherheitsbehörden des Assad-Regimes kooperieren: „*Es wäre die Zusammenarbeit mit einem Regime, das für unzählige Tote und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, einem Regime, das foltert und mordet. Das darf nicht sein*“, so Axel Geerlings-Diel von Save me Mainz.

Die Abschiebungen, die einige Innenminister anstreben, sollen zunächst vor allem Straftäter und sogenannte Gefährder aus Syrien betreffen. Aber auch für diese Menschen gelten die Menschenrechte. Zudem zeigt das Beispiel Afghanistan, dass der Personenkreis möglicher Abschiebungen im Laufe der Zeit vergrößert wird, wenn ein Abschiebestopp erst einmal gekippt ist.

Zudem forderten die Veranstalter einen umfassenden Anspruch auf Familiennachzug für subsidiär geschützte Personen und ein humanitäres Aufnahmeprogramm für vulnerable Flüchtlinge von den griechischen Inseln. Gerhard Trabert, vom Verein Armut und Gesundheit in Deutschland e.V., sagt zur dortigen Situation: *„In dem Flüchtlingslager Moria, das für 3.000 Menschen konzipiert ist, leben derzeit 20.000 Menschen ohne ausreichende Versorgung dicht gedrängt unter katastrophalen hygienischen Bedingungen.“* Das gelte auch für andere Flüchtlingslager in Griechenland.

*„Auch die Seenotrettung ist weitgehend zum Erliegen gebracht worden – zahlreiche Schlauchboote treiben oft tagelang ohne Hilfe auf offener See“*, so Mirjam Reininger von RESQSHIP e.V. Ein Ende der Restriktionen gegenüber privaten Seenotretter\*innen und ein europäisches Seenotrettungsprogramm seien dringend notwendig, um dem Sterben auf dem Mittelmeer Einhalt zu gebieten.

Angesichts der desaströsen Situation von Flüchtlingen in Erstaufnahmeländern außerhalb und an den Rändern der Europäischen Union forderte Torsten Jäger vom Initiativausschuss für Migrationspolitik die rheinland-pfälzische Landesregierung zudem dazu auf, durch ein Landesaufnahmeprogramm schnell einen sicheren und legalen Zugangsweg für Flüchtlinge zu schaffen: *„Wir sind entsetzt über die Untätigkeit der EU und der Bundesregierung. Länder, die dieser Untätigkeit nicht mehr länger zusehen wollen, müssen und können jetzt handeln!“* Er weist auf das kürzlich in Thüringen verabschiedete Landesaufnahmeprogramm als positives Beispiel hin. Auch in Rheinland-Pfalz sei die Unterstützung eines Landesaufnahmeprogramms groß: Das zeigten die vielen Kommunen, die sich in Rheinland-Pfalz zur überquotalen Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklärt haben und die Unterstützung der landesweiten Petition #RLPnimmtauf. Über 1.500 Organisationen und Einzelpersonen haben sich diesem Aufruf bisher angeschlossen.

In Gesprächen mit Innenminister Lewentz und Integrationsministerin Anne Spiegel konnten Vertreter\*innen der Veranstalter ihre Argumente vortragen und sich zu den Positionen austauschen.

Für Rückfragen: Axel Geerlings-Diel, 01771482026

**Veranstalter der Mahnwachen:** AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e. V., Initiativausschuss für Migrationspolitik RLP, Landesverband der Syrischen Akademiker in Rheinland-Pfalz, Medinetz Mainz e.V., Seebrückenbündnis Mainz

*Zum Mainzer Seebrückenbündnis gehören u.a. die Antirassistische Gruppe Mainz, Attac Mainz, Armut und Gesundheit in Deutschland e.V., RESQSHIP e.V., Save me Mainz, VVN-BDA Mainz-Bingen, Linkswärts e. V.*